

Beratungsstelle Extremismus

Träger: bOJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit

Fördergeber: Bundeskanzleramt

- Bundesweite Anlaufstelle für Angehörige, SozialarbeiterInnen, JugendarbeiterInnen und andere Personen, die in ihrem Umfeld mit dem Thema Extremismus konfrontiert sind
- T. 0800 20 20 44 (Mo-Fr von 10:00-15:00, Di 10:00-19:00), anonym, kostenfrei und vertraulich
- office@beratungsstelleextremismus.at, www.beratungsstelleextremismus.at
- Beratungserfahrenes, multiprofessionelles Team (Psychologie, Erwachsenenbildung, Soziale Arbeit, Sozialwissenschaften)
- Sprachen: Arabisch, Deutsch, Englisch, Farsi, Russisch, Türkisch

Die Beratungs- und Weiterbildungsangebote stehen bereit, wenn Angehörige, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen oder andere Bezugspersonen den Eindruck haben, ihr Kind, eine Schülerin oder ein Klient könnte sich einer radikalen oder extremistischen Gruppierung angeschlossen haben. Auch primär Betroffene selbst können sich an die Beratungsstelle Extremismus wenden, etwa, wenn sie aus einer extremistischen Gruppierung aussteigen wollen.

Die Beratungsstelle Extremismus arbeitet eng mit Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, Familienberatungsstellen, der Bewährungshilfe, Schulen, nationalen und regionalen Netzwerken zum Thema Extremismus und Prävention sowie weiteren Einrichtungen und Organisationen in ganz Österreich zusammen.

Angebote der Beratungsstelle Extremismus

- Fort- und Weiterbildungen
- Telefonische und persönliche Beratung (Situationsanalyse, Rollenklärung, Informationsweitergabe, Weitervermittlung, Unterstützung beim Ausstieg aus einer extremistischen Gruppierung)
- Telefonische und persönliche Fachberatung für MultiplikatorInnen (Coaching, Handlungsanleitungen für die Praxis)

Statistik der Beratungsstelle Extremismus 2014 – 2020

Helpline

(Dezember 2014 – November 2020)

- 5149 Anrufe insgesamt, davon 2231 Erstanrufe
- 297 Familien/Bezugspersonen in persönlicher Beratung/Betreuung

Art der AnruferInnen

Die größte Gruppe unter den AnruferInnen sind Angehörige (24%), gefolgt von SozialarbeiterInnen, JugendarbeiterInnen und MitarbeiterInnen in Flüchtlingsseinrichtungen (19 %) und LehrerInnen (14,6 %). 2,4 % der KlientInnen waren selbst in extremistischen Gruppen aktiv. Die restlichen AnruferInnen waren: sonstige MultiplikatorInnen (z. B. PsychologInnen), MitarbeiterInnen von Behörden, ArbeitskollegInnen und andere (z. B. Studierende).

Themen der AnruferInnen (Mehrfachnennungen)

Die größte Sorge der AnruferInnen war mit 43 % der Fälle der Verdacht auf islamistischen Extremismus. Darunter fällt auch eine Vielzahl an Anrufen, bei denen es nicht um tatsächliche Radikalisierung in Richtung gewalttätigem Extremismus ging, sondern um interkulturelle und interreligiöse Fragestellungen oder jugendliches Protestverhalten. In 3,7 % der Fälle ging es um Ausreisen oder Ausreisebefürchtungen. Andere extremistische Einstellungen waren in 7 % der Fälle Thema (Verschwörungsideologien, Ultranationalismus, u.a.). Bei 9 % der Personen war rechtsextremes Verhalten bzw. der Verdacht darauf Anlass für die Kontaktaufnahme mit der Beratungsstelle Extremismus. Rassistische und/oder menschenverachtende Äußerungen waren bei 4,7 % Thema. Das Thema Gewalt wurde an der Helpline der Beratungsstelle Extremismus von 12 % der AnruferInnen problematisiert. Information, Vernetzung und die Anfrage nach Fort- und Weiterbildung waren in 17 % bzw. 8,7 % der Fälle ein Anliegen. Verdächtige Inhalte im Internet wurden in 4,9 % der Fälle gemeldet, über verdächtiges Verhalten von Personen wurde in 6 % der Fälle berichtet. Weitere Themen waren Terrorismus (verdacht), rechtliche Informationen und zuletzt Verschwörungstheorien und die „Grauen Wölfe“.

Fort- und Weiterbildungen

(Dezember 2014 – November 2020)

Die Beratungsstelle Extremismus hat 655 Fortbildungsworkshops mit 14.374 TeilnehmerInnen durchgeführt. Öffentliche Schulen und Hochschulen gemeinsam machen mit 29,6 % den größten Anteil aus. Jugendeinrichtungen und Bildungseinrichtungen folgen mit 14,2 % und 11,1 %. Beratungseinrichtungen machen 7,9 % und öffentliche Einrichtungen und Behörden 6,7 %. Des Weiteren nahmen arbeitsmarktpolitische Projekte und Einrichtungen (11,1 %), Einrichtungen für Geflüchtete (7,2 %), die Polizei und Justizanstalten (4,7 %) und sonstige Einrichtungen (4,3 %) unsere Angebote in Anspruch.

Nationale und internationale Vernetzung

RAN – Radicalisation Awareness Network, SAVE (Sisters against Violent Extremism) – Women Without Borders, OSCE, Wiener Plattform Extremismusprävention, Bundesweites Netzwerk Deradikalisierung und Prävention, Plattform EXIT_B Salzburg, Vorarlberger Netzwerk Prävention, Arbeitsgruppe „Für Familien in NÖ und für Deradikalisierung“, Familienberatungsstellen, Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit, Bundesstelle für Sektenfragen u. a.